



# Interviews

**Datum: 27. April 2023**

**Interview mit Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen, Co-Fraktionsvorsitzende im Bundestag im Gespräch mit Christoph Heinemann**

**Christoph Heinemann:** Rekordzuwanderung! Seit Wochen schlagen Länder und Kommunen Alarm. Der Deutsche Städtetag sieht viele Kommunen am Limit und fordert mehr Unterstützung bei der Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Die Zahl der Asylanträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent gestiegen, und das hat nichts mit den Flüchtlingen aus der Ukraine zu tun. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte vor rund einem Monat gewarnt - das Zeitfenster für eine umfassende Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems schließe sich im Sommer. Gleichzeitig trödelt die Bundesregierung. Die Fraktion Die Linke bekam auf eine Anfrage zur Antwort: Der Prozess der Findung einer geeinten deutschen Position in Bezug auf dieses gemeinsame europäische Asylsystem sei noch nicht abgeschlossen.

Ein anderer Prozess dagegen schon: Heute erste Lesung des Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes im Deutschen Bundestag. Eine Chancenkarte und ein Punktesystem sollen dafür sorgen, dass Fachkräfte leichter und schneller den Weg nach Deutschland finden. Eine neue Regelung: Wer einen im Ausland anerkannten Abschluss hat, über zwei Jahre Berufserfahrung verfügt und hierzulande ein Gehalt über einer bestimmten Schwelle erreicht, dessen Abschluss muss künftig nicht mehr in Deutschland anerkannt sein. Diese Anerkennung kann auch nachträglich erfolgen. Der Bedarf ist gewaltig; für 2022 hat das Bundesinnenministerium rund zwei Millionen offene Stellen gezählt.

Am Telefon ist jetzt Katharina Dröge, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wahlkreis Köln. – guten Morgen!

**Katharina Dröge:** Schönen guten Morgen!

**Heinemann:** Frau Dröge, warum kommen zu wenige Fachkräfte nach Deutschland?

**Dröge:** Das liegt daran, dass insbesondere die Union sich eigentlich in den vergangenen Jahren nie wirklich entscheiden konnte, dass wir ein Einwanderungsrecht haben, das auch einlädt zu kommen. Das war immer ein Stück weit auf Bremsen ausgerichtet und deswegen

hatten wir sehr ineffiziente Verfahren, sehr bürokratische Prozesse, sehr hohe Hürden auch, was die Berufsabschlüsse anging, und einen Dschungel an Aufenthaltstiteln und Anforderungen. Das war keine Einladung an die Menschen, sondern an vielen Stellen wurde das eher als Ausladung gelesen. All das ändern wir jetzt als Ampel-Fraktionen, als Ampel-Koalition. Wir sagen wirklich, wir brauchen Menschen, die hier arbeiten, und wir wollen diese Menschen auch hier als Teil unserer Gesellschaft haben. Deswegen ist neben den gesetzlichen Veränderungen, die wir jetzt schaffen, insbesondere eine Willkommenskultur in diesem Land auch so wichtig, damit die Menschen auch wirklich gerne zu uns kommen wollen.

**Heinemann:** Mitregiert hat ja in den letzten Jahren die SPD. Hat die auch geschlafen?

**Dröge:** Die SPD hat wahrscheinlich ein Stück weit gerungen mit der Union, aber vielleicht braucht es an der Stelle auch zwei Partner wie die FDP und die Grünen, die wirklich sagen, wir gehen hier gemeinsam voran, weil es auf der einen Seite eine Frage von einer gesellschaftspolitischen Überzeugung ist, aber weil es auch eine ganz harte wirtschaftspolitische Frage ist, die hier hintersteht. Man muss ja nur mit offenen Augen durch seine eigenen Städte gehen und sieht überall die Schilder an den Läden, die sagen, wir suchen händelnd nach Fachkräften, egal ob es die Kölner Verkehrsbetriebe sind, die sagen, wir können die Straßenbahntakte nicht mehr halten, oder ein Schuhgeschäft auf der Friedrichstraße oder ein Restaurant in Stralsund. Überall stehen die Schilder und sie sagen, wollt ihr bei uns arbeiten, wir brauchen euch ganz dringend. Dieser Fachkräftemangel wird zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Jedes Jahr sind es etwa 86 Milliarden Euro jetzt schon für die Wirtschaft, die wir dadurch verlieren. Deswegen so unverständlich, dass die Union, man muss es wirklich sagen, aus ideologischen Gründen an dieser Stelle immer auf der Bremse stand und es den Leuten so schwergemacht hat, zu uns zu kommen.

**Heinemann:** Die Union schlägt jetzt – apropos Bremse – eine Bundesagentur für Einwanderung vor. Das heißt: Visum, Prüfung der Voraussetzungen, Arbeitsplatzvermittlung aus einer Hand, und zwar rasch. Eine gute Idee?

**Dröge:** Die Union versucht, das ein bisschen neben unsere gesetzlichen Regelungen zu stellen, weil sie sich nicht richtig dazu durchringen können zu sagen, ...

**Heinemann:** Oder anstelle!

**Dröge:** Genau, anstelle. Das ist eigentlich die bessere Formulierung, um sich nicht dazu durchringen zu müssen zu sagen, wir schaffen die rechtlichen Grundlagen dafür, dass Menschen kommen können. Aus meiner Sicht ist das jetzt der erste und wichtige Schritt. Und Sie haben es gesagt: Wir beispielsweise stärken das Element der Berufserfahrung und sagen, wer im Ausland arbeitet und wo das Unternehmen hier sagt, deine Berufserfahrung, die bringt mir so viel, dass ich dir auch einen Arbeitsvertrag geben möchte, der kann jetzt einfach kommen, wenn er einen im Ausland anerkannten Berufsabschluss hat.

**Heinemann:** Frau Dröge! Die Union sagt, das Problem liegt in den deutschen Auslandsvertretungen, wenn zuwanderungswillige Fachkräfte monatelang auf ein Visum oder eine Berufsankennung warten müssen. Wie wollen Sie diesen Auslandsvertretungen Beine machen mit Ihrem Chancenkarten- oder Punktesystem?

**Dröge:** Gerade bei dem Thema Berufsankennung lösen wir das ja zum Teil, indem wir sagen, du kannst eine Anerkennungspartnerschaft machen, du kannst erst mal hierherkommen, wenn du unterhalb eines gewissen Gehaltsschwellenwertes bist, kannst hier arbeiten und dann können gemeinsam Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür sorgen, dass dann dein ausländischer Abschluss anerkannt ist, während du hier schon arbeitest. Das führt zu diesen erheblichen bürokratischen Vereinfachungen, bei denen sich die Union nicht traut, diesen Schritt zu gehen.

Natürlich müssen wir auch zu einer stärkeren Digitalisierung bei der Visa-Vergabe kommen und zu weiteren bürokratischen Vereinfachungen auch in den Ausländerbehörden. All das gehen wir auch parallel mit unserem Gesetzentwurf an. Und mit der Chancenkarte beispielsweise ermöglichen wir es Menschen, die ein bestimmtes Punktesystem erfüllen, hier vor Ort sich um Jobs zu bewerben. All das vereinfachen wir gleichzeitig und all das sind die Schritte, wo sich die Union erheblich schwertut, diesen Weg zu gehen, weil sie irgendwie immer noch das Gefühl haben, wir sollten uns aussuchen, wer zu uns kommt, statt einzuladen. Mir sagen, ehrlich gesagt, Unternehmer auf der anderen Seite, streichen Sie das Wort „Fach“ aus dem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, wir brauchen Arbeitskräfte, wir finden auch keine Barkeeper mehr, wir finden keine Reinigungskräfte mehr in den Hotels.

**Heinemann:** Dazu schrieb die Allgemeine Zeitung aus Mainz kürzlich: „Nahezu eine Million Menschen stecken in Langzeitarbeitslosigkeit fest, von denen sich sicherlich viele wünschen würden, endlich wieder einem guten Job nachgehen zu können.“ – Mal mit Goethe gefragt: Warum in der Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?

**Dröge:** Es ist ja nur ein Teil unserer Fachkräftestrategie als Ampel-Koalition, den wir hier gerade miteinander diskutieren. Wir haben am Freitag im Deutschen Bundestag ein zweites

Gesetz, da geht es um Weiterbildung, da geht es um Ausbildung, da gehen wir auch die ersten Schritte unserer Agenda, Deutschland zum Weiterbildungsland zu machen, einmal zum Beispiel das Thema Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld, Berufe, die in der Transformation sind, da die Weiterbildung so zu stärken, dass die Menschen auch in den neuen Berufen weiterhin mit ihren Stärken und Qualifikationen gebraucht werden, dass überhaupt mehr Betriebe ausbilden und dann auch eine formale berufliche neue Ausbildung innerhalb der Jobs. Das wäre die dritte Säule, die wir noch angehen müssen. Das heißt, die Stärkung von Weiterbildung ist der zweite Teil. Die Förderung von Berufsfähigkeit von Frauen ist der dritte Teil. Auch hier gibt es viele ideologische Bremsen, die die Union immer eingebaut hat, die dazu geführt haben, dass Frauen in diesem Land nicht so viel arbeiten können, wie sie gerne arbeiten wollen. Und natürlich gibt es auch sehr viele sinnvolle Programme und Maßnahmen zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, um auch hier Erwerbstätigkeit zu fördern. Das ist an vielen Stellen auch eine Frage der notwendigen finanziellen Unterstützung für diese Programme. Für uns ist das eine Gesamtstrategie und wir gehen alle Säulen gleichzeitig an.

**Heinemann:** Sprechen wir über Migration. 80 Prozent mehr Asylanträge, die Kommunen können nicht mehr. Was heißt das für die Migrationspolitik der Bundesregierung?

**Dröge:** Auf der einen Seite muss man einmal wirklich ein ganz großes Dankeschön an die Kommunen aussprechen, die in den letzten Monaten eine großartige Aufgabe geleistet haben, die Menschen, die zu uns geflohen sind, viele aus der Ukraine, hier gut unterzubringen, zu versorgen.

**Heinemann:** Wobei die bei den Asylanträgen jetzt gar nicht mitgerechnet werden, denn die brauchen keine Asylanträge.

**Dröge:** Genau. – Ich wollte nur sagen, es sind trotzdem sehr, sehr viele Menschen aus der Ukraine zu uns gekommen, und das haben die Kommunen ja gleichzeitig geschafft.

**Heinemann:** Was tut die Bundesregierung?

**Dröge:** Deswegen ist es jetzt auch so wichtig, dass wir darüber sprechen – und da gibt es den Prozess zur Vorbereitung der Ministerkonferenz, die von Olaf Scholz im Mai geleitet wird -, muss die Innenministerin und hat sie ja vereinbart, einen gemeinsamen Prozess mit den Bundesländern darüber zu gestalten, wie man die Kommunen jetzt auch noch weiter und besser unterstützen kann. Da ist sie in der Verantwortung. Da gehen die Verhandlungen mit

den Ländern aber auch gerade voran. Es gibt vier Arbeitsgruppen, wo unterschiedlichste Fragen von der Unterbringung und Verteilung bis zur Frage der Finanzierung auch diskutiert werden, und ich erwarte, dass wir da im Mai auch zu einer guten gemeinsamen Lösung mit den Ländern kommen werden, die dann die Kommunen unterstützen, die besonders jetzt belastet sind.

**Heinemann:** Keinerlei Lösung in Sicht. – Frau Faeser möchte ja gerne Ministerpräsidentin in Hessen werden, wird in den kommenden Monaten im Landtagswahlkampf abtauchen. Kann sich Deutschland eine Halbtagskraft an der Spitze des Bundesinnenministeriums leisten?

**Dröge:** Ich erwarte, dass Frau Faeser sich mit Priorität um ihre Aufgaben als Innenministerin kümmert, und das hat sie ja auch angekündigt. Die Aufgaben sind so groß, über die wir gerade sprechen, dass auch alles andere nicht verantwortlich wäre.

**Heinemann:** Sie haben Wahlkampf Erfahrung. Bleibt da viel Zeit für anderes?

**Dröge:** Da muss man teilweise die Prioritäten auf den Job der Innenministerin legen.

**Heinemann:** Was heißt das?

**Dröge:** Ich erwarte und ich bin mir aber auch sicher, dass sie das tun wird, dass sie alle Aufgaben, die notwendig sind, als Innenministerin auch genauso erledigen wird.

**Heinemann:** Sie haben in diesem Gespräch auf der Union herumgehackt. Die Union fordert, EU-weit das Niveau der Sozialleistungen für Asylbewerber auf ein vergleichbares Maß zu bringen und dass nur noch Personen mit Bleibeperspektive und geklärter Identität an die Kommunen verteilt werden. Das ist sehr viel konkreter als alles das, was Sie gerade beschrieben haben. Warum tun Sie nichts und wieso greifen Sie nicht die Vorschläge der Opposition auf?

**Dröge:** Wir tun Erhebliches. Wenn ich alleine aufzählen dürfte, was wir schon in den vergangenen Wochen und Monaten getan haben: Einmal die finanzielle Unterstützung der Kommunen. Im letzten Jahr waren das zwei Milliarden plus noch mal 3,5 Milliarden für den Rechtskreiswechsel bei den ukrainischen Geflüchteten. Wir stärken den Ausbau der Integrations-

und Sprachkurse. Das ist ein ganz entscheidender Beitrag dafür, dass Menschen hier ankommen. Wir haben zusätzlichen Wohnraum geschaffen, beispielsweise indem wir BIMA-Liegenschaften bereitgestellt haben, und wir diskutieren jetzt über weitere Vorschläge zur Vereinfachung und Entlastung der Ausländerbehörden, die zum Beispiel der Städtetag gemacht hat, Reduzierung von persönlichen Vorsprachen oder Entschlacken von Prüfschritten. All das sind sehr konkrete Maßnahmen, die jetzt helfen und die wir eingehen.

**Heinemann:** Die Bundesregierung hat immer noch keine einheitliche Meinung zum gemeinsamen europäischen Asylsystem. Wie kann das sein?

**Dröge:** Wir sind gerade in sehr schwierigen und komplizierten Verhandlungen auf europäischer Ebene. Sie wissen ja selber, wie weit die Positionen in der EU mit Blick auf eine europäische Asylpolitik auseinanderliegen.

**Heinemann:** Nein, es geht nicht um die EU. Es geht um eine einheitliche Haltung der Bundesregierung.

**Dröge:** Wir haben im Koalitionsvertrag sehr klare Richtlinien miteinander vereinbart, was unsere gemeinsame Haltung angeht: Auf der einen Seite die klare Ablehnung von illegalen Pushbacks, das klare Bekenntnis dafür, dass wir eine gemeinsame europäische solidarische Lösung bei der Verteilung von Geflüchteten brauchen, wo insbesondere auch Länder wie Deutschland in der Vergangenheit vorangegangen sind. Wir gehören zu den Ländern, die gesagt haben, wir sind bereit, auch mehr Menschen aufzunehmen. Und wir haben immer gesagt, wir brauchen den Gleichklang von Humanität und Ordnung. Das heißt, wir haben zum Beispiel auch hier in Deutschland uns darauf verpflichtet. Wir haben jetzt mit Herrn Stamp jemanden, der zuständig ist dafür, dass Migrationsabkommen entwickelt werden, die dann mehr legale Möglichkeiten auf der einen Seite schaffen und sichere Wege in die Europäische Union, und auf der anderen Seite geordnete Wege für diejenigen, wo der Rechtsweg ausgeschöpft ist und die dann auch gehen müssen. Das heißt, wir arbeiten hier sehr konkret an Lösungen, und auch da hat die Union eigentlich in der Vergangenheit immer nur über rückführungsabkommen gesprochen, die überhaupt nicht funktioniert haben, weil sie nicht auf Augenhöhe mit den Herkunftsländern waren und die dann auch keiner mit ihnen abschließen wollte.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

